

Protokoll der Sondersitzung des
Beirates Mitte am 18.5.2009

**Anwesend waren
vom Beirat**

Michael Rüppel
Barbara Schwarz
Joachim Musch
Sonja Heinrich
Jürgen Bunschei
Holger Ilgner
Corinna Spanke
Leander Mondré
Alexander Tassis
Jörg Windszus
Christoph Heigl
Monika Engelmann
Entschuldigt fehlte Viola Mull

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

Frau Stroth Gesundheitsressort
Herr Dr. Koc Betreiber der Praxis
Herr Häntsche Polizeirevier Innenstadt
Frau Hiller SPD-Bürgerschaftsabgeordnete
Herr Öztürk Bündnis 90 /Grüne Bürgerschaftsabgeordneter
Ca. 80 Anwohner aus dem Umkreis der Ausgabestelle sowie eine Abordnung aus
Burg – Lesum

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Thema der Beiratssitzung

Methadonvergabestelle Am Dobben / Fedelhören

Herrn Bücking eröffnet die Sondersitzung des Beirates und bittet Herrn Dr. Langen und Herrn Budde den Bürgerantrag der Anwohnerinitiative zu begründen.

Die Anwohner fordern die Schließung der Methadonausgabestelle an dieser Stelle. Begründet wird der Antrag damit, dass sich die Anwohner seit Jahren mit unterschiedlichen Problemgruppen konfrontiert und belastet fühlen. Neben den Einrichtungen Hoppenbank e.V., Hell's Angels und Diskomeile könne das Wohngebiet diese zusätzliche Belastung mit einer Methadonausgabestelle nicht verkraften. Verschlechterungen im weiten Umkreis der Einrichtung seien bereits feststellbar. In der Umgebung werden reichlich illegale Drogen gespritzt und gedealt. Das Quartier sei überlastet, deshalb müsse die Praxis so schnell wie möglich geschlossen werden.

Auch in Bremen-Burg gibt es eine Bürgerinitiative, die mit einigen Vertreter/innen zur Sitzung erschienen sind. In Burg werden rund 250 Drogenkranke in einer Gemeinschaftspraxis von mehreren Ärzten an einem Ort betreut.

Frau Stroth beruft sich in ihren Ausführungen auf die Bremer Regelungen, wie gemeinsame Empfehlung zur Substitutionsbehandlung und Standards und Verfahrensrichtlinien für substituitionsbegleitende Hilfen.

Zur Zeit werden knapp 1400 Personen in Bremen Stadt von 62 Ärzten überwiegend in 5 Schwerpunktpraxen substituiert.

Die Schwerpunktpraxen in Mitte liegen am Herdentorsteinweg mit 100 Patienten und in der Praxis von Herrn Dr. Koc werden 96 Patient/innen versorgt.

Das Ressort sei mit der Kassenärztlichen Vereinigung im Gespräch was die Anzahl der zu betreuenden Personen je Praxis anbetreffe. Als Richtschnur gelte, 50 Patienten pro behandelnden Arzt. Die Qualität der Behandlung sei dort besser, wo viele Patient/innen behandelt werden.

Wenn mehr als 50 Patienten versorgt werden, sei das rein rechtlich nicht verwerflich.

Eine Qualitätssicherungskommission als beratende Instanz entscheide nach einer genauen Überprüfung über die Zulassung.

Frau Stroth betont, dass bei der Behörde die Rechtsaufsicht, aber nicht die Fachaufsicht liege. Die Behörde könne diese Einrichtung nicht verbieten.

Aufgrund der Beschwerden habe sie die Praxis dreimal besucht und habe nicht den Eindruck gehabt, dass übermäßige Belästigungen für die Bürger gegeben seien. Die Räumlichkeiten seien in Ordnung und ein reibungsloser Ablauf sei garantiert.

Herr Dr. Koc teilt mit, dass in seiner Praxis 96 Patienten von 2 Ärzten versorgt werden.

Er betont, dass seit Oktober 2005 in seiner Praxis 100 Patienten versorgt werden. An der Zahl solle sich auch nichts ändern.

Bis Ende letzten Jahres habe er in der Schillerstraße ohne nennenswerte Probleme gearbeitet. Diesen neuen Standort habe er wegen der guten Verkehrsanbindung ausgesucht.

Im Jahre 2007 wurden einem Arzt, der Substituierte behandelte, Unregelmäßigkeiten nachgewiesen und dem Arzt wurde die Behandlung von Substituierten entzogen. Daraufhin wurde in einer Sondergenehmigung festgelegt, dass Herr Dr. Koc diese Patienten übernimmt und weiter behandeln darf.

Herr Dr. Koc betont, dass er zu Gesprächen bereit sei, um einen beiderseitigen Vertrag zu entwerfen. In einer nachbarschaftlichen Vereinbarung sollten Regeln für den gemeinsamen Umgang definiert werden. Doch Absprachen funktionieren nur gegenseitig! Seine Patienten seien von Nachbarn fotografiert, gefilmt und teilweise am Überqueren der Straße gehindert worden.

Herr Häntsche teilt mit, dass die Kriminalitätsbelastung im Rembertiquartier nicht so hoch sei wie die Bevölkerung vermute. Diese Entwicklung habe sich seit Eröffnung der Praxis auch nicht verändert. Die Polizei sei von dem Umzug in den Fedelhöfen überrascht worden. In der Schillerstraße habe es keine Probleme gegeben. Die ersten Beschwerden seien über Herrn Budde an die Polizei herangetragen worden. Er und seine Kollegen haben in mehreren Ortsterminen festgestellt, dass die Öffnungszeiten eingehalten wurden. Hunde werden nur noch vereinzelt mitgebracht. Alkohol werde nicht konsumiert. Lediglich die Vermüllung habe im Umfeld etwas zugenommen.

Auf zahlreiche Fragen von Anwohnern erklärt ein Arzt, der selbst Mitglied in der Qualitätssicherungskommission ist, das Verfahren für die Einrichtung von Methadonvergabestellen. Ein Vertreter der KV, drei Vertreter der Krankenkassen (AOK, HKK und Betriebskrankenkasse) und zwei Ärzte entscheiden über die Zulassung. Es gebe strenge Absprachen und genaue Überprüfungen. Als Richtschnur gehe man pro Praxis von 2 Ärzten mit 100 Patienten aus. Die Räumlichkeiten werden durch die Kommission nicht überprüft.

Ein Kollege von Dr. Koc bezieht sich auf die Situation in Bremen Burg. Wegen der Bürgerproteste haben mittlerweile zahlreiche Gespräche mit der Polizei und dem dortigen Ortsamt vor Ort stattgefunden. Die Praxis sei von Marbel nach Burg verlegt worden. Fünf Ärzte versorgen 250 Patienten.

Herr Öztürk stellt fest, dass die Probleme der Anwohner ernst zu nehmen seien, gleichwohl gebe es Menschen, die das Methadon dringend benötigen. Die Politik könne nicht ohne weiteres die Schließung und Verlegung der Praxis fordern.

Es müssen Vereinbarungen getroffen werden, um die Belastungen im Quartier zu verringern und es sollte die Debatte in der Sozial- und Gesundheitsdeputation über eine weitere Dezentralisierung und den Ausbau von psychosozialen Diensten geführt werden.

In ihren Wortmeldungen sprechen sich die Beiratsmitglieder für eine Verständigung zwischen den Beteiligten aus. Im Beirat habe man mehrmals die Situation diskutiert und eine Stellungnahme zum Bürgerantrag erarbeitet.

Die Zahl von 100 Patienten in der Methadonvergabepaxis dürfe nicht überschritten werden. Der Beirat habe sich ein Bild von der Situation vor Ort gemacht. Viele der vorgetragenen Probleme halte man für lösbar. Eine nachbarschaftliche Vereinbarung sollte zwischen den Parteien getroffen werden.

Vom Beirat ist eine Stellungnahme zu der Thematik verfasst worden, die in der Versammlung verlesen wird.

Daraufhin zeigen sich zahlreiche Anwesende enttäuscht über diese Vorgehensweise. Sie haben eine klare Aussage im Sinne der Anwohner erwartet und haben das Gefühl, dass ihre Interessen durch den Beirat nicht vertreten werden.

Der Beirat sei offenkundig nicht bereit, die Problemsituation im komplexen Zusammenhang nachzuvollziehen.

Die Bewohner fordern weiterhin, dass die Methadonabgabestelle geschlossen werde.

Daraufhin erwidern die Beiratsmitglieder, dass sie die Probleme durchaus nachvollziehen, aufgrund eigener Beobachtungen aber zu anderen Schlussfolgerungen kommen.

Der Beirat werde sich für eine verbindliche Vereinbarung mit dem Gesundheitsressort einsetzen, damit an dem Standort nicht mehr als 100 Patienten versorgt werden.

Der Beirat Mitte nimmt zum Bürgerantrag wie folgt Stellung: (einstimmig beschlossen)

- 1. Der Beirat unterstützt die Vergabe von Methadon an Drogenkranke und ist überzeugt, dass es zu einer Verbesserung ihrer Gesundheit beiträgt sowie die Beschaffungskriminalität zu reduzieren hilft. Der Beirat ist für den Ausbau der psychologischen und sozialen Betreuung von Substituierten.**
- 2. Der Beirat lehnt weiterhin die Zentralisierung von Einrichtungen der Drogenhilfe in der Innenstadt ab. Er hält eine Dezentralisierung der Versorgung für angemessener und bittet das Gesundheitsressort in diesem Sinne für klare Regelungen. Die seit Jahren praktizierte Regelung der Methadonabgabe an 100 Betroffene darf auch am neuen Standort Am Dobben / Fedelhöfen nicht überschritten werden.**
- 3. Der Beirat hat versucht, sich ein Bild vom Umfang der aktuellen Belastungen durch die Methadonvergabe Am Dobben / Fedelhöfen zu machen. Viele der von den BürgerInnen vorgetragenen Probleme hält der Beirat für lösbar. Er schlägt eine nachbarschaftliche Vereinbarung vor, die eine Verringerung der von den BürgerInnen vorgebrachten Probleme zum Ziel hat. Herr Dr. Koc wird gebeten, sich seinerseits konstruktiv in die Lösung der Probleme des Quartiers einzubringen.**

Hervorzuheben sind insbesondere folgende Punkte: Bessere Organisation des Wartebereichs, Hinweise für die PatientInnen, Reduktion der Verunreinigungen, Benennung von Verantwortlichen etc. Gegebenenfalls müssen besondere Regelungen für das Wochenende gefunden werden.

4. **Der Beirat schlägt ein regelmäßiges Treffen (etwa alle drei Monate) zwischen BürgerInnen, Beiratsmitgliedern, Arzt und Polizei vor. In dieser Runde sollten aktuelle Probleme und Beschwerden besprochen und nach Lösungen gesucht werden.**
5. **Der Bürgerantrag fordert die Schließung und Verlegung der Methadon- ausgabestelle Am Dobben/Fedelhören.
Der Beirat hält dazu fest: Solange sich kein anderer geeigneter Ort für eine Methadonvergabe finden lässt und die Verlagerung der Praxis bewerkstelligt werden kann, sind die Probleme auf dem Wege einer gegenseitigen Verständigung zu lösen. Rechtlich ist der Standort der Praxis nicht zu beanstanden.
Eine Verlegung der Praxis kann nur in Zusammenarbeit mit den BetreiberInnen der Praxis erfolgen. Der Beirat unterstützt jede Initiative zur Findung eines anderen Orts. Die Gesundheitsverwaltung wird gebeten, bessere Standorte zu suchen und diese den ÄrztInnen vorzuschlagen.**

Vorsitz

Sprecher

Protokollführung

Bücking

Rüppel

Freudenberg